

Dem Aktenzeichen sind nach § 2 Absatz 2 Nummer 5 folgende Zusätze für den Heilberuf des Betroffenen im Verfahren bei dem Berufsgericht für Heilberufe Sachsen-Anhalt und bei dem Landesberufsgericht für Heilberufe Sachsen-Anhalt beizufügen:

Zusatzzeichen	Heilberuf
Ä	Arzt
Z	Zahnarzt
T	Tierarzt
Ap	Apotheker

Anbietung, Übergabe oder Vernichtung des auszusondernden Schriftguts der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften und der Gerichte der Fachgerichtsbarkeiten (Schriftgutaussonderungs-AV)

AV des MJ vom 19. 12. 2017 – 1452-105.56

Bezug:

AV des MJ vom 4. 7. 2012 (JMBI. LSA S. 135)

1. Rechtsgrundlagen und Geltungsbereich

1.1 Für die Anbietung, Übergabe oder Vernichtung des auszusondernden Schriftguts sind insbesondere folgende Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung zu beachten:

- a) Archivgesetz Sachsen-Anhalt (ArchG LSA) vom 28. 6. 1995 (GVBl. LSA S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. 7. 2015 (GVBl. LSA S. 314),
- b) Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz im Land Sachsen-Anhalt (JSchrG LSA) vom 19. 6. 2008 (GVBl. LSA S. 236), geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 3. 7. 2015 (GVBl. LSA S. 314, 318),
- c) Datenschutzgesetz Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. 1. 2016 (GVBl. LSA S. 24, 25) und
- d) Justizaufbewahrungsverordnung (JAufbVO) vom 16. 6. 2009 (GVBl. LSA S. 264), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. 4. 2015 (GVBl. LSA S. 90).

1.2 Diese AV gilt vorbehaltlich des Satzes 2 für jegliches ab dem 3. 10. 1990 angelegte Schriftgut im Sinne von § 2 Abs. 3 ArchG LSA und § 1 Abs. 3 JSchrG LSA. Für den Bereich der Staatsanwaltschaften gilt die AV lediglich für das auszusondernde Schriftgut in Justizverwaltungssachen.

2. Aussonderung

2.1 Nach Ablauf der vorgesehenen, gegebenenfalls gemäß § 2 Abs. 3 JAufbVO für den Einzelfall angeordneten

Aufbewahrungsfrist ist das Schriftgut mit dem Ziel der Übergabe an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt (im Folgenden: Landesarchiv) oder der Vernichtung auszusondern.

2.2 Befinden sich in den Akten Schriftstücke, für die eine längere Aufbewahrungsfrist vorgesehen ist, so sind diese in geeigneter Weise, z. B. in Sammelakten, zu verwahren.

2.3 Die Aussonderung ist in der Regel jährlich durchzuführen.

3. Anbietung

3.1 Schriftgut, dessen Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist, ist dem Landesarchiv unverzüglich zur Übernahme anzubieten. Dies gilt auch dann, wenn nach anderen Vorschriften die Vernichtung oder Löschung für das Schriftgut vorgesehen ist. Eine Anbietung unterbleibt nur, wenn sie durch Rechtsvorschrift ausdrücklich ausgeschlossen ist oder wenn das Landesarchiv auf die Anbietung verzichtet hat.

Schriftgut, für dessen Bestandteile unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten, ist dem Landesarchiv bereits nach Ablauf der kürzesten Frist anzubieten. Für die Übergabe gilt Nummer 4.4 Satz 2.

3.2 Die Gerichte und Staatsanwaltschaften erstellen ein Anbietungsverzeichnis (**Anlage 1**) und eine Mitteilung über Art, Umfang und Entstehungszeitraum des anzubietenden Schriftguts auf der Grundlage der beigefügten Schriftgutkataloge (**Anlagen 4 bis 15**) nach folgenden Maßgaben:

- a) Das Oberlandesgericht, die Landgerichte, die Amtsgerichte am Sitz der Landgerichte, die Generalstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaften, das Oberverwaltungsgericht, die Verwaltungsgerichte, das Landessozialgericht, die Sozialgerichte, das Landesarbeitsgericht, die Arbeitsgerichte und das Finanzgericht nehmen das im Schriftgutkatalog mit dem Buchstaben „A“ gekennzeichnete Schriftgut vollständig, das mit den Buchstaben „E“ oder „V“ gekennzeichnete Schriftgut nur in das Anbietungsverzeichnis auf, wenn es vom Gericht bei der Weglegung als archivwürdig gekennzeichnet wurde (siehe Nummer 3.3) oder vom Landesarchiv angefordert wurde. Sie teilen für das im Schriftgutkatalog mit dem Buchstaben „E“ gekennzeichnete Schriftgut zusätzlich

die Art (z. B. die laufende Nummer der Spalte 1 des Schriftgutkatalogs), den Umfang (z. B. Anzahl der Verfahren oder laufende Meter des Schriftguts) und den Entstehungszeitraum mit.

- b) Die anderen Amtsgerichte nehmen lediglich vom Gericht bei der Weglegung als archivwürdig gekennzeichnetes oder vom Landesarchiv angefordertes Schriftgut in das Anbietersverzeichnis auf. Zusätzlich teilen sie für das im Schriftgutkatalog mit den Buchstaben „A“ und „E“ gekennzeichnete Schriftgut Art, Umfang und Entstehungszeitraum mit.

3.3 Hinsichtlich der Bewertung und Einschätzung, welches Schriftgut als archivwürdig zu kennzeichnen ist, sind die in der **Anlage 3** aufgeführten Kriterien maßgebend.

3.4 An Stelle eines Anbietersverzeichnisses nach Anlage 1 können im Einvernehmen mit dem Landesarchiv auch

- a) Ablichtungen oder Ausdrucke der Register oder Listen, in denen das anzubietende Schriftgut verzeichnet ist, oder
 b) aus IT-Fachverfahren automatisch erzeugte elektronische Anbietersverzeichnisse verwendet werden.

Auf Antrag des Landesarchivs können elektronische Registerdaten übermittelt werden, wenn die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind.

3.5 Das Anbietersverzeichnis und die Mitteilung über Art, Umfang und Entstehungszeitraum sind in elektronischer Form an das Landesarchiv zu übermitteln.

4. Übergabe

4.1 Das Landesarchiv entscheidet im Benehmen mit der anbietenden Stelle, ob die angebotenen Unterlagen archivwürdig sind. Beschäftigten des Landesarchivs ist zur Erfassung und Sicherung archivwürdiger Unterlagen Auskunft und Einsicht in alle Unterlagen und Hilfsmittel der Registraturen zu gewähren.

4.2 Wird die Archivwürdigkeit bejaht, sind die Unterlagen dem Landesarchiv zu übergeben; das Landesarchiv ist zur Übernahme verpflichtet. Der Zeitpunkt der Übergabe ist mit dem Landesarchiv abzustimmen, das den Übergabeort benennt. Den Transport führt die abgebende Stelle auf ihre Kosten durch.

4.3 Den Unterlagen ist ein Übergabeverzeichnis (**Anlage 2**) beizufügen. Gleichzeitig ist das Übergabeverzeichnis in elektronischer Form zu übermitteln. Im Einvernehmen mit dem Landesarchiv kann von der Form des Übergabezeichnisses abgewichen werden.

4.4 Die Lesbarkeit der Unterlagen muss unabhängig von der Speicherungsform bis zur Übergabe sichergestellt werden. Archivwürdige Unterlagen, für deren Bestandteile unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten, sind bis zum Ablauf der längsten Aufbewahrungsfrist vollständig im Originalzustand aufzubewahren und anschließend ohne erneute Anbotung an das Landesarchiv zu übergeben.

5. Vernichtung

5.1 Die anbietende Stelle darf über das in den Schriftgutkatalogen mit den Buchstaben „A“ und „E“ gekennzeichnete Schriftgut erst verfügen, nachdem das Landesarchiv über die Archivwürdigkeit entschieden hat oder diese Entscheidung zwölf Monate nach Eingang des Anbietersverzeichnisses nicht getroffen hat. Wird die Archivwürdigkeit verneint oder keine Entscheidung getroffen, soll das angebotene Schriftgut unverzüglich vernichtet werden. Das in den Schriftgutkatalogen mit dem Buchstaben „V“ gekennzeichnete Schriftgut kann nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist ohne Anbotung vernichtet werden, soweit es nicht vom Gericht oder der Staatsanwaltschaft bei der Weglegung als archivwürdig gekennzeichnet oder vom Landesarchiv angefordert wurde.

5.2 Die Vernichtung muss datenschutzgerecht erfolgen. Die Deutsche Industrie Norm 66399 (DIN 66399) ist heranzuziehen. Verantwortlich ist das Gericht oder die Staatsanwaltschaft. Eine Auftragsvergabe ist nur an nach DIN 66399 zertifizierte Unternehmen zulässig. Die Beachtung der Anforderungen der DIN 66399 bei Transport und Vernichtung ist vertraglich sicherzustellen.

5.3 Die datenschutzgerechte Vernichtung ist zu dokumentieren. Auftragnehmer sind zu einer schriftlichen Bestätigung der datenschutzgerechten Vernichtung zu verpflichten.

6. Inkrafttreten

Diese AV tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bezugs-AV außer Kraft.

Anlage 1
(zu Nummer 3.2 und 3.4)

Anbietersverzeichnis

1. Mindestens anzugeben sind:
 - a) Fortlaufende Nummer,
 - b) Aktenzeichen,
 - c) Jahr des Beginns der Aufzeichnungen, soweit nicht aus dem Aktenzeichen ersichtlich,
 - d) Verfahrensgegenstand/Inhalt,
 - e) Weglegungsjahr,
 - f) Kennzeichnung als archivwürdig oder vom Landesarchiv angefordert.
2. In das Anbietersverzeichnis aufzunehmen sind auch bereits erfasste Angaben über
 - a) den Tag des Eingangs der ersten Schrift,
 - b) die Erledigungsart.
3. Das Anbietersverzeichnis ist in tabellarischer Form zu erstellen.

4. Für jedes Angebotsverzeichnis sind die anbietende Stelle sowie das Datum der Erstellung des Verzeichnisses anzugeben.
5. Bei automationsunterstützter Erstellung des Angebotsverzeichnisses ist ein Platzhalter für die Entscheidung des Archivs vorzusehen.

Anlage 3
(zu Nummer 3.3)

Kriterien zur Bewertung der Archivwürdigkeit

Archivwürdig sind Unterlagen, denen für die Gesetzgebung, Rechtsprechung, Regierung und Verwaltung, für die Wissenschaft und Forschung, für das Verständnis von Geschichte und Gegenwart, zur Rechtswahrung oder zur Sicherung berechtigter privater Interessen bleibender Wert zukommt (§ 2 Abs. 4 ArchG LSA).

Diese Bewertungsentscheidung trifft das Landesarchiv. Eine aussagekräftige Auswahl wird jedoch maßgeblich unterstützt durch Hinweise auf Verfahren, die aus Sicht der Justiz und aufgrund von Besonderheiten aus der Masse herausragen.

Als archivwürdig vorzuschlagen sind daher insbesondere Verfahren,

- a) über die in den Medien berichtet wurde,
- b) an denen (lokal) bekannte oder berühmte Personen beteiligt waren,
- c) an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts, politische Parteien oder gesellschaftliche Verbände beteiligt waren und die als bedeutsam angesehen werden,
- d) die durch besondere Umstände auffällig waren (z. B. bemerkenswerter Sachverhalt, spezielles Gutachten, lange Verfahrensdauer, Streitwert mindestens 250 000 Euro),
- e) die zeitgeschichtlich signifikante Probleme und Entwicklungen widerspiegeln,
- f) die in der Revisionsinstanz entschieden worden sind,
- g) die von rechtsgeschichtlicher und rechtswissenschaftlicher Bedeutung sind.

Anlage 2

(zu Nummer 4.3)

Übergabeverzeichnis

1. Mindestens anzugeben sind:
 - a) Fortlaufende Nummer,
 - b) Aktenzeichen,
 - c) Jahr des Beginns der Aufzeichnungen, soweit nicht aus dem Aktenzeichen ersichtlich,
 - d) Verfahrensgegenstand/Inhalt,
 - e) Weglegungsjahr.
2. Zusätzlich können weitere Angaben in das Übergabeverzeichnis aufgenommen werden.
3. Das Übergabeverzeichnis ist in tabellarischer Form zu erstellen.
4. Für jedes Übergabeverzeichnis sind die abgebende Stelle sowie das Datum der Erstellung des Verzeichnisses anzugeben.

Anlage 4
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für die Amtsgerichte

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1	AR	Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind	
		a) soweit sie Vertreterbestellungen nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen betreffen	V
		b) soweit sie Schutzschriften betreffen	V
		c) alle Übrigen	V
2	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen	
		a) Namen- und Unternehmensverzeichnisse zum Grundbuch und zu allen öffentlichen Registern	A

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
	-	b) soweit in ihnen Akten oder Aktenteile verzeichnet sind, die dauernd aufzubewahren sind	A
	-	c) alle Übrigen	Register zu Titelsammlungen: A Übrige: V
3	-	Die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienenden Listen und Schriftstücke, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten und Posteingangsbücher sowie die Haft- und Steckbrieflisten und die Listen der Überführungsstücke. Ausgenommen sind die Nachweisungen über die Verteilung der Vordrucke zu Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldbriefen sowie zu Schiffsbriefen und Schiffszertifikaten (siehe Nummer 223).	V
4	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Schöffenwahl, Schöffenauslosung und Schöffengeschäftsstelle (§§ 28 bis 58 GVG)	V

B. Zivilprozess-, Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichssachen

12	B	Mahnsachen	V
13	C	Prozessakten und sonstige Akten, die betreffen	
		a) Ansprüche nichtehelicher Kinder gegen ihren Vater, soweit der Anspruch in einer rechtskräftigen, vor dem 1. 7. 1970 erlassenen Entscheidung festgestellt worden ist oder der Mann vor diesem Zeitpunkt in einer öffentlichen Urkunde seine Vaterschaft anerkannt oder in einem vollstreckbaren Schuldtitel sich zur Erfüllung der Ansprüche verpflichtet hat, Anfechtungen der Vaterschaft nach § 1600I BGB und Artikel 12 § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19. 8. 1969 (BGBl. I S. 1243), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. 4. 2011 (BGBl. I S. 615)	E
		b) bis zum 30. 6. 1998: alle übrigen Kindschaftssachen, Ansprüche aus einem familienrechtlichen Verhältnis, soweit nicht Familiensache (Unterabschnitt D), Entmündigungssachen	E
		c) bis zum 30. 6. 1998: Urteile und Entmündigungsbeschlüsse aus den Akten zu Buchstabe b	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		d) bis zum 30. 6. 1998: Protokolle, die Beurkundungen in Kindschaftssachen enthalten (§ 641c ZPO), aus den Akten zu Buchstabe b	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		e) Aufgebotsverfahren	V
		f) alle übrigen Akten	E
18	H	a) Akten über Verfahren nach der Regelbetragsverordnung, Akten über Anträge im vereinfachten Verfahren zur Abänderung von Unterhaltstiteln	V
		b) Akten über Anträge auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens und sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Rechtsstreits, die nicht Bestandteil der Hauptakten geworden sind	Akten mit Gutachten: A Übrige: V
19	-	Sammelakten über die bei dem Gericht niedergelegten Schiedssprüche, schiedsrichterlichen Vergleiche und Vergleiche nach § 1044b Abs. 1 ZPO a.F., Sammelakten über die bei dem Gericht nach § 796a ZPO niedergelegten Anwaltsvergleiche sowie Sammelakten über Verfahren nach dem Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz	A

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
20	J	a) Akten über das Verteilungsverfahren	V
		b) Verteilungspläne	V
21	K	a) Zwangsversteigerungsakten, soweit der Zuschlag nicht erteilt ist	E
		b) Zwangsversteigerungsakten, sofern der Zuschlag erteilt ist	E
		c) Sammelakten mit den Beschlüssen über Zuschlagserteilung im Zwangsversteigerungsverfahren und mit den Verhandlungen und Protokollen über die Verteilung des Versteigerungserlöses	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
22	L	a) Zwangsverwaltungsakten	V
		b) Akten über die Zwangsliquidation von Bahneinheiten	A
		c) Sammelakten mit den Protokollen über die Leistung von Zahlungen auf das Kapital einer Hypothek oder Grundschuld oder auf die Ablösungssumme einer Rentenschuld	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
23	M	Akten über Zwangsvollstreckungssachen	V
24	IN, IK, IE	Insolvenzakten	
		a) eröffnete Verfahren	IN, IE: A IK: E
		b) Verfahren, in denen der Schuldenbereinigungsplan gemäß § 308 InsO als angenommen gilt	IK: A
		c) übrige Verfahren	V
25	N	Konkursakten	
		a) eröffnete Verfahren	A
		b) übrige Verfahren	V
26	VN	a) Akten über die Verfahren nach der Vergleichsordnung	A
		b) Vergleiche aufgrund der Vergleichsordnung – Vorschlag nebst dem zugrunde liegenden Gläubigerverzeichnis, Verhandlung und Bestätigungsbeschluss sowie Verpflichtungserklärungen	A
27	-	a) Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel und Entscheidungen, alle Urteile, Vergleiche jeder Art, Vollstreckbarerklärungen und Vollstreckungsbescheide, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO, Nachweisungen über die Zustellung der Vollstreckungsbescheide sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarerklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, Schiedssprüche, schiedsrichterliche Vergleiche sowie Entscheidungen über deren Vollstreckbarkeit; ferner Handzeichnungen, Karten, Abrechnungen und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		b) Urteile und Vergleiche über den vorzeitigen Erbausgleich (§§ 1934d, 1934e a.F. BGB)	A
		c) Prozessvergleiche, die einen Erbvertrag oder Erklärungen enthalten, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird	A

C. Straf- und Bußgeldverfahren

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
41	Bs	a) Akten (einschließlich etwaiger Gnadenhefte) über Privatklagen	A
		b) Vergleiche in Privatklagesachen	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
46	OWi	Akten über	
		a) Erzwingungshaftverfahren	V
		b) alle übrigen Bußgeldverfahren	V
48	-	Die Urteile und Strafbefehle, in denen rechtskräftig auf Strafe erkannt ist (hierzu zählen nicht Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel nach dem JGG) einschließlich der Gesamtstrafenbeschlüsse, sowie die Nachweise über die Vollstreckung der Strafe; Anklagen, auf deren zugelassenen Anklagesatz Bezug genommen ist, Anklagen gemäß § 212a Abs. 2 Satz 2 StPO und § 418 Abs. 3 Satz 2 StPO, Strafbefehle, Strafbefehlsanträge; bei den Akten befindliche Abbildungen, auf die in den Urteilen Bezug genommen ist; Urteile und sonstige Entscheidungen über die Kostenerstattungspflicht und über die Entschädigungspflicht für Strafverfolgungsmaßnahmen; Entscheidungen nach § 2 Abs. 1 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz und § 81g StPO; Kostenfestsetzungsbeschlüsse sowie Entscheidungen, in denen eine Entschädigung nach den §§ 10, 11 StrEG zuerkannt worden ist; die Beschlüsse oder Mitteilungen über den Erlass oder die Milderung der Strafe sowie über die Anordnung der Nichtaufnahme in ein Führungszeugnis (§ 39 BZRG) oder der Tilgung (§§ 48, 49 BZRG). Ist eine Geldstrafe durch Teilzahlungen getilgt, so ist nur der Nachweis über die letzte Teilzahlung aufzubewahren. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen.	A
49	-	Sammelakten mit den Begleitumschlägen der abgehenden Briefe der Untersuchungsgefangenen	V

D. Freiwillige Gerichtsbarkeit und Familiensachen

71	-	a) Grundbücher und Bahngrundbücher	A
		b) das dazugehörige Schriftgut an Akten, Urkunden und dergleichen mit Ausnahme der unter Buchstaben c und d bezeichneten Sonderhefte und Sammelakten	A
		c) Sonderhefte mit den Schriften von vorübergehender Bedeutung	V
		d) Sammelakten mit den Anträgen auf Erteilung von Grundbuchabschriften	V
73	HR	a) Handelsregister	A
		b) Handelsregisterakten	HRA: E HRB: A
		c) die zum Handelsregister einzureichenden Jahresabschlüsse und andere Unterlagen der Rechnungslegung	HRA: E HRB: A
73a	PR	a) Partnerschaftsregister	A
		b) Partnerschaftsregisterakten	A

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
74	GR	a) Güterrechtsregister	V
		b) die zum Vereinsregister gehörigen Akten	A
75	VR	a) Vereinsregister	A
		b) die zum Vereinsregister gehörigen Akten	A
76	GnR	a) Genossenschaftsregister	A
		b) die zum Genossenschaftsregister gehörigen Akten	A
		c) die zum Genossenschaftsregister einzureichenden Jahresabschlüsse und andere Unterlagen der Rechnungslegung	A
77	MR	a) Musterregister	V
		b) die zum Musterregister gehörigen Akten	V
78	SSR	a) Seeschiffsregister	A
		b) die zum Seeschiffsregister gehörigen Akten	A
79	BSR	a) Binnenschiffsregister	A
		b) die zum Binnenschiffsregister gehörigen Akten	A
80	SBR (früher: PRS)	a) Schiffsbauregister	A
		b) die zum Schiffsbauregister gehörigen Akten (gemäß der Schiffsregisterordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1133), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. 7. 2017 (BGBl. I S. 2208, 2226), ist an die Stelle der Bezeichnung „Pfandrechtsregister für Schiffsbauwerke“ die Bezeichnung „Schiffsbauregister“ getreten – Registerzeichen SBR)	V
80/1	LR	a) Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen	A
		b) die zum Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen gehörigen Akten	A
81	-	Sammelakten in Registersachen	
		a) mit den Anträgen auf Erteilung von Abschriften und Auszügen aus den Registern und den Registerakten	V
		b) alle sonstigen Sammelakten	V
82	PK (früher Kb)	a) Pachtkreditregister (früher: Register für landwirtschaftliche Kapitalkreditbeschaffungssachen)	A
		b) Akten über Pachtkreditsachen (früher: Akten über landwirtschaftliche Kapitalkreditbeschaffungssachen)	V
		c) Sammelakten mit den Anträgen auf Erteilung einer Bescheinigung, dass ein Verpfändungsvertrag bei dem Amtsgericht nicht niedergelegt ist (§ 16 Abs. 2 des Pachtkreditgesetzes in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 7813-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 8. 11. 1985, BGBl. I S. 2065, 2073)	V
83	I	a) gerichtliche Beurkundungen von Rechtsgeschäften unter Lebenden und von tatsächlichen Vorgängen (zum Beispiel gerichtlichen Beurkundung von Erbscheinsanträgen und Urkunden über die Übertragung eines Erbteils), einerlei ob für sie besondere Blattsammlungen angelegt oder ob sie zu anderen Akten genommen sind	V
		b) gerichtliche Beurkundungen, die ausschließlich Änderungen der Zahlungsverpflichtung des Vaters eines nichtehelichen Kindes betreffen	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
84	II	Akten über sonstige Handlungen und Entscheidungen in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit,	
		a) soweit sie die Gewährung richterlicher Vertragshilfe betreffen	V
		b) soweit sie Aufgebotsverfahren betreffen	V
		c) soweit sie Verfahren nach §§ 43 bis 50 des Wohnungseigentumsgesetzes betreffen	E
		d) Akten über Anträge nach dem Gesetz über Unschädlichkeitszeugnisse im Grundstücksverkehr	V
		e) soweit sie die Regelung der Rechtsverhältnisse an der Wohnung und am Hausrat geschiedener Ehegatten betreffen (AV vom 16. 1. 1945 – Deutsche Justiz S. 29)	V
		f) soweit sie Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz betreffen	V
		g) soweit sie Eide und eidesstattliche Versicherungen betreffen	V
		h) alle Übrigen	Todeserklärungen und Stiftungssachen: A Übrige: V
		i) Entscheidungen und Vergleiche in den unter Buchstaben a bis d aufgeführten Angelegenheiten sowie Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist. Zu den Entscheidungen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften der Entscheidungen der höheren Instanzen.	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
85	III	Standesamtssachen	Anträge nach dem Transsexuellengesetz: A Übrige: V
86	-	Sammelakten über den Austritt von Personen aus den Religionsgemeinschaften öffentlichen Rechts	V
87	-	a) Sammelakten mit den Entscheidungen über Erteilung der Vollstreckungsklausel für vollstreckbare Urkunden, die von Beamten der Jugendämter aufgenommen worden sind	V
		b) Sammelakten mit den Entscheidungen über die Erteilung weiterer vollstreckbarer Ausfertigungen notarieller Urkunden	V
88	-	Sammelakten über Wechsel- und Scheckproteste	V
89	IV	Akten über Verfügungen von Todes wegen (Testamente, Erbverträge, Erklärungen gemäß § 13 der Erbhofrechtsverordnung vom 21. 12. 1936, RGBl. I S. 1069)	
		a) soweit sie lediglich zurückgegebene Verfügungen von Todes wegen betreffen	V
		b) sonstige	E
90	-	a) Verwahrungsbücher über Verfügungen von Todes wegen	V
		b) die zu den Verwahrungsbüchern über Verfügungen von Todes wegen gehörigen Belege	V
		c) Sammelakten mit den Anzeigen über auswärts hinterlegte Testamente	V
91	VI	Akten über die Vermittlung von Auseinandersetzungen	V
92	VI	a) Akten über sonstige Handlungen des Nachlassgerichts	E
		b) Sammelakten mit Sterbefallnachrichten und -anzeigen	
		aa) der Standesämter und des Amtsgerichts Schöneberg (Hauptkartei für Testamente)	V
		bb) des Zentralen Testamentsregisters nach § 78c Satz 3 BNotO	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		c) Erbscheine, gerichtlich beurkundete Erbscheinsanträge, Urkunden zur Übertragung eines Erbteils, Zeugnisse über Ernennung eines Testamentsvollstreckers und ähnliche Zeugnisse, ferner Ausschlagungen von Erbschaften und Erbverzichtsverträge sowie Unterlagen über die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen	E
93	F (bis zum 31. 8. 2009 VII-IX)	Akten über Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften und Kindschaftssachen nach § 151 FamFG	E
		a) Anhörungsprotokolle, Anhörungsvermerke gemäß § 28 Abs. 4 FamFG, Berichte der Jugendämter, ärztliche Gutachten, familiengerichtliche Genehmigung der Unterbringung (bis zum 31. 8. 2009: vormundschaftsgerichtliche Genehmigung)	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		b) Anerkennung der Vaterschaft, Zustimmung des Kindes zur Anerkennung der Vaterschaft und sonstige in das Urkundenregister unter I eingetragene Beurkundungen	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
94	F (bis zum 31. 8. 2009 XVI)	Akten über Adoptionen	A
95	XVII	a) Akten über Betreuungssachen	E
		b) Vorgänge über die Genehmigung einer freiheitsentziehenden Unterbringung und einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme (§ 312 Nr. 1 FamFG) und sonstiger Unterbringungsmaßnahmen (§ 312 Nr. 2 FamFG; bis zum 31. 8. 2009: § 70 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 FGG), Vorgänge über die betreuungsgerichtliche Genehmigung nach § 1905 Abs. 2 BGB (bis zum 31. 8. 2009: vormundschaftsgerichtliche Genehmigung)	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
96	X	a) Akten über betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen, bis zum 31. 8. 2009: Akten über andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	V
		b) Vorgänge über einstweilige Anordnungen (§ 29a Nr. 4 AktO-oG), bis zum 31. 8. 2009: Vorgänge über die Genehmigung der Unterbringung und sonstiger Unterbringungsmaßnahmen (§ 70 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 FGG)	V
		c) Ehelicherklärungen, Feststellungen der Legitimation durch nachfolgende Ehe, Anfechtungen der Ehelichkeit, Feststellungen der Vaterschaft, Anfechtungen der Vaterschaft, Annahme an Kindes Statt	A
		d) Erklärungen über Gütertrennung nach Artikel 8 Abschn. I Nrn. 3 bis 5 des Gleichberechtigungsgesetzes, Erklärungen nach §§ 2, 3 des Gesetzes über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen	V
97	XI	Akten über Erziehungsbeistandschaften (Schutzaufsichten) nach dem JWG	V
98	XII	Akten über Fürsorgeerziehung nach dem JWG	V
99	XIV	a) Akten über Abschiebehaftsachen und sonstige Freiheitsentziehung/Unterbringung (bis zum 31. 8. 2009: auch Akten über Minderjährige), sofern nicht unter Buchstaben b erfasst.	E
		b) Akten über Abschiebehaftsachen und sonstige Freiheitsentziehung/Unterbringung (bis zum 31. 8. 2009: auch Akten über Minderjährige), in denen keine richterliche Entscheidung ergangen ist	E
100	-	Sammelakten gemäß § 29 Abs. 4 AktO-oG	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
101	-	Akten über Stiftungen	A
102	-	Die an die Amtsgerichte abgelieferten Unterlagen der Notare (§ 51 BNotO), und zwar	
		a) Sammelbände für Wechsel- und Scheckproteste	V
		b) Blattsammlungen und Sammelakten mit den nicht zur Urkundensammlung zu nehmenden Schriftstücken	V
		c) Verwahrungs- und Massenbücher, Namenverzeichnis zum Massenbuch, Anderkontenliste, Generalakten	V
		d) Urkundenrolle, Erbvertragsverzeichnis, Namenverzeichnis zur Urkundenrolle, Urkundensammlung einschließlich der gesondert aufbewahrten Erbverträge	A
103	UnschZ (jetzt: II)	Akten über Anträge nach dem Gesetz über Unschädlichkeitszeugnisse	V
104	-	Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.

E. Familiensachen

105	F	a) Akten über Familiensachen (§ 23b GVG, ab dem 1. 9. 2009: § 111 FamFG) einschließlich Akten der diesen Verfahren vorausgehenden Anträge auf Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe (§ 117 ZPO) sowie Akten weiterer Einzelangelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Familiengerichts gehören, soweit nachfolgend oder bei den Nummern 93 und 94 keine besonderen Bestimmungen gelten	Verfahren auf Aufhebung der Ehe gemäß § 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB (Scheinehe): A Übrige: E
		b) Akten über selbstständige Verfahren betreffend die elterliche Sorge für ein Kind, zur Regelung des Umgangs mit einem Kind, zur Herausgabe eines Kindes, für das die elterliche Sorge besteht	E
106	F	a) Akten über Ehesachen und Lebenspartnerschaftssachen, die zur Aufhebung der Ehe oder der Lebenspartnerschaft führen einschließlich dazugehöriger Sonderhefte über einstweilige Anordnungen und der für Folgesachen angelegten Sonderhefte	Verfahren auf Aufhebung der Ehe gemäß § 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB (Scheinehe): A Übrige: E
		b) Akten über sonstige Ehesachen und Lebenspartnerschaften, soweit die Verfahren nicht durch Antrags- oder Klagerücknahme beendet wurden und soweit es sich nicht um isolierte Prozess- oder Verfahrenskostenhilfverfahren handelt	E
		c) Entscheidungen und Vergleiche über den Versorgungsausgleich, beglaubigte Abschriften von Entscheidungen der Berufungs- und Beschwerdeinstanz aus den unter Buchstaben a genannten Akten	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
107	F	Akten über Streitigkeiten, welche die durch Verwandtschaft, Ehe oder Lebenspartnerschaft begründete gesetzliche Unterhaltspflicht betreffen	E
108	F	a) Akten über Verfahren, die den Versorgungsausgleich betreffen	E
		b) Entscheidungen und Vergleiche, beglaubigte Abschriften von Entscheidungen der Beschwerdeinstanz aus den unter Buchstaben a genannten Akten	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
109	F	a) Akten betreffend Streitigkeiten über Ansprüche aus dem ehelichen Güterrecht, auch wenn Dritte am Verfahren beteiligt sind	E
		b) Erklärungen über Gütertrennung nach Artikel 8 Abschn. I Nrn. 3 bis 5 des Gleichberechtigungsgesetzes, Erklärungen nach §§ 2, 3 des Gesetzes über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen	V
110	F	Akten über Verfahren nach den §§ 1382 und 1383 BGB	E
111	F	a) Akten über Kindschaftssachen gemäß § 640 Abs. 2 ZPO	E
		b) Entscheidungen sowie Protokolle, die Beurkundungen in Kindschaftssachen enthalten, aus den unter Buchstaben a genannten Akten	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
112	F	Akten über Anträge auf Befreiung vom Erfordernis der Volljährigkeit (§ 1303 Abs. 2 BGB)	E
113	F	a) Akten über sonstige familienrechtliche Angelegenheiten, soweit sie Vorgänge über die Genehmigung der Unterbringung (§ 1631b BGB) enthalten	E
		b) Akten über die Anordnung von Ergänzungspflegschaften, soweit § 1836e BGB Anwendung findet, sowie Akten mit Vermögensverzeichnissen nach §§ 1640 und 1683 BGB	E
114	F	a) Akten über Abstammungssachen	E
		b) Entscheidungen und Protokolle gemäß § 180 FamFG aus den unter Buchstaben a genannten Akten	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		c) Ehelicherklärungen, Feststellungen der Legitimation durch nachfolgende Ehe, Anfechtungen der Ehelichkeit, Feststellungen der Vaterschaft, Anfechtungen der Vaterschaft	A
115	F	a) Akten über Wohnungszuweisungs- und Hausratssachen	E
		b) Akten über Gewaltschutzsachen	E
		c) Entscheidungen und Vergleiche sowie Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist aus den unter Buchstabe a und b genannten Akten. Zu den Entscheidungen und dergleichen gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften der Entscheidungen der höheren Instanzen	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
116	FH (bis zum 31. 8. 2009: F)	a) Akten über Verfahren nach § 53e Abs. 2 und 3 FGG	E
		b) Akten über Anträge im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	E
		c) Akten über Anträge im vereinfachten Verfahren zur Abänderung von Unterhaltstiteln	E
		d) Akten über sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	E
		e) Erklärungen nach § 21 LPartG (auch soweit sie zu Maßnahmen des Familiengerichts keinen Anlass geben und nicht unter dem Registerzeichen FH erfasst sind)	E
117	-	a) Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel, Entscheidungen, Vergleiche jeder Art, Vollstreckungsbescheide sowie Nachweise über die Zustellung der Mahn- und Vollstreckungsbescheide; verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind; ferner Handzeichnungen, Abrechnungen	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen wird. Zu den Entscheidungen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	
		b) Prozessvergleiche, die einen Erbvertrag oder Erklärungen enthalten, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird	Die Anbietung richtet sich nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
118	-	Sammelakten gemäß § 13a Abs. 4 AktO	V

F. Anerbensachen und Landwirtschaftssachen

122	EhR	Erbhofakten	A
131	Lw (XV) (früher: LwG, LwS, LwP, LwV, PSch)	Akten über Landwirtschaftssachen sowie Entscheidungen und Vergleiche zur Hauptsache sowie Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist, aus Akten in Pachtschutzsachen.	E
132	Lw (XV) (früher: LwZ)	Zuweisungsverfahren	E
134	Lw (XV) (früher: HLw)	Akten über sonstige Anträge außerhalb einer anhängigen Landwirtschaftssache, die nicht Bestandteil der Hauptakten geworden sind	V
135	-	Sammelakten mit dem Schriftgut über die nicht in das Register für Landwirtschaftssachen oder entsprechende Register eingetragenen Sachen	V

G. Justizverwaltungssachen

221	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung)	
		a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
222	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über	
		a) Akten der Prüfungsstellen nach § 9 Abs. 1, 2 ZRHO, der Prüfungsbehörden nach Nummer 7 Abs. 1 Buchst. b, Nummern 23 und 30 Abs. 1 RiVAST in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in eine längere Datenspeicherung)	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		e) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		f) Anträge auf Ausstellung einer Apostille und Anträge auf Beglaubigungen zum Zwecke der Legalisation	V
		g) Fortbildungsvorgänge	V
		h) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
223	-	Nachweisungen über die Verteilung der Vordrucke zu Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldbriefen sowie zu Schiffsbriefen und Schiffszertifikaten	V
224	-	Personalakten	
		a) der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
		b) der Rechtsbeistände und sonstigen Personen (Unternehmen), denen die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Rechtsbesorgung erteilt ist	A
225	-	Bücher über Urkundenverwahrungen mit Ausnahme der Verwahrungsbücher über Verfügungen von Todes wegen (siehe Nummer 90 Buchst. a) sowie die dazugehörigen Belege	V
226	-	Die an die Amtsgerichte abgelieferten Dienstregister und Akten der Gerichtsvollzieher	V
228	HL	Hinterlegungsakten	V
230	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen und in Familiensachen sowie in Strafsachen und Bußgeldverfahren	
		a) Jahrestabellen nach dem Kalenderjahr	V
		b) sonstige Tabellen und Durchschriften der Monatsübersichten	V

H. Schieds- und Schlichtungsstellen

1401	-	Protokollbücher, in denen Vergleiche enthalten sind	A
		Kassenbücher	V
		Kostenrechnungen und Kontoauszüge	V
		Sonstiges Schriftgut	V

Anlage 5
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für die Landgerichte

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
301	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
302		Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen	Register zu Titelsammlungen: A Übrige: V
303	-	Die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienenden Listen und Schriftstücke, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten und Posteingangsbücher	V
304	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Wahl, Ernennung, Berufung oder Bestellung und Heranziehung ehrenamtlicher Richter	V

B. Zivilsachen

312	O	a) Akten über Ansprüche aus einem familienrechtlichen Verhältnis nach dem bis zum 30. 6. 1998 geltenden Recht	E
		b) alle übrigen Akten	E
315	OH	Akten über Anträge auf Durchführung des selbstständigen Beweisverfahrens und über sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Rechtsstreits, die nicht Bestandteil der Hauptakten geworden sind	E
316		Sammelakten über die bei dem Gericht vor dem 1. 1. 1998 niedergelegten Schiedssprüche, schiedsrichterlichen Vergleiche und Vergleiche nach § 1044b Abs. 1 ZPO a.F.	A
318	S	Sammelakten mit den in der Berufungsinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
319	SH	Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen Berufungsverfahrens	V
320	T	Sammelakten mit den in der Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
321	-	a) Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel und Entscheidungen, Vergleiche jeder Art, Vollstreckbarerklärungen und Vollstreckungsbescheide, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach EuVT-VO, Nachweisungen über die Zustellung der Mahn- und Vollstreckungsbescheide sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarerklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, Schiedssprüche, schiedsrichterliche Vergleiche sowie Entscheidungen über deren Vollstreckbarkeit; ferner Handzeichnungen, Karten, Abrechnungen und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Entscheidungen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	- Schriftgut aus den im Zeitraum von 1990 bis 1999 angelegten Akten: A - Schriftgut aus den ab 2000 angelegten Akten des Landgerichts Magdeburg: A - Für das übrige Schriftgut richtet sich die Anbietung nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
		b) Entscheidungen und Vergleiche über den vorzeitigen Erbaugleich (§§ 1934d, 1934e BGB a.F.)	- Schriftgut aus den im Zeitraum von 1990 bis 1999 angelegten Akten: A - Schriftgut aus den ab 2000 angelegten Akten des Landgerichts Magdeburg: A - Für das übrige Schriftgut richtet sich die Anbietung nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		c) Prozessvergleiche, die einen Erbvertrag oder Erklärungen enthalten, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird	- Schriftgut aus den im Zeitraum von 1990 bis 1999 angelegten Akten: A - Schriftgut aus den ab 2000 angelegten Akten des Landgerichts Magdeburg: A - Für das übrige Schriftgut richtet sich die Anbietung nach den für die Akten getroffenen Festlegungen.
322		Sammelakten mit den Schriftstücken über die Erteilung von Notfristzeugnissen und dergleichen	V
323		Sammel- und Sonderakten gemäß § 39 AktO-oG	V
324	O, OH (VH)	a) Akten über die Gewährung richterlicher Vertragshilfe	V
		b) Entscheidungen und Vergleiche in den zu Buchstaben a genannten Angelegenheiten sowie Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist. Zu den Entscheidungen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen.	V
325		Akten über Stiftungen	A
326	O, OH AktG), (früher: AktE)	Akten über Anträge auf gerichtliche Entscheidungen nach dem Aktiengesetz	A
327	O (Th)	Akten über Verfahren nach dem Therapieunterbringungsgesetz	A

C. Straf- und Bußgeldverfahren

341		Sammelakten mit den in der Berufungs- oder Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
342		Sammelakten mit den Schriftstücken über Anträge auf Entscheidung der Strafkammer als oberem Gerichts und über die Ablehnung von Gerichtspersonen (§ 41 Abs. 1 Satz 3 AktO-oG)	V
344	StVK oder Vollz.	Akten über Verfahren nach den §§ 109, 110 StVollzG	E
348		Sammelakten mit den Begleitumschlägen der abgehenden Briefe der Untersuchungsgefangenen	V
349	Reh, Reh (B)	Akten über Rehabilitierungsverfahren	A

D. Sonstige Zuständigkeiten des Landgerichts

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
363	O, OH (Wp)	Akten über Wertpapierbereinigungssachen	A

E. Dienststrafsachen, Dienst- und Berufsgerichtssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
371	-	Akten über Dienststrafsachen	A
372	-	Akten über berufsgerichtliche Verfahren	
		a) in denen auf Ausschließung aus dem Beruf erkannt oder in denen ein Beweissicherungsverfahren angeordnet worden ist	A
		b) alle Übrigen	E

F. Justizverwaltungssachen

381	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung)	
		a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
382	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über	
		a) Akten der Prüfungsstellen nach § 9 Abs. 1, 2 ZRHO, der Prüfungsbehörden nach Nummer 7 Abs. 1 Buchst. b, Nummern 23 und 30 Abs. 1 RiVAST in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	
		e) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		f) Anträge auf Ausstellung einer Apostille und Anträge auf Beglaubigungen zum Zwecke der Legalisation	V
		g) Fortbildungsvorgänge	V
		h) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
383	-	Sammelakten über Ehelicherklärungen	V
385	-	Personalakten	
		a) der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte)	A
		b) der Notare, Notarassessoren sowie der Rechtsbeistände und sonstigen Personen (Unternehmen), denen die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Rechtsbesorgung erteilt ist	A
		c) Schriftstücke, die sich auf die Amtsnachfolge, die Aktenverwahrung (§ 51 BNotO) oder auf die Notariatsverwalterschaft (§ 56 BNotO) beziehen, Siegel- und Unterschriftsproben	A
387	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen sowie in Strafsachen und Bußgeldverfahren	
		a) Jahrestabellen nach dem Kalenderjahr	V
		b) sonstige Tabellen und Durchschriften der Monatsübersichten	V

Schriftgutkatalog für das Oberlandesgericht

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
401	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b und c aufgeführten Akten	V
		b) Akten über Anträge auf Enthebung vom Amt des Beisitzers gemäß § 77 Wirtschaftsprüferordnung und § 101 des Steuerberatungsgesetzes	V
		c) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
402		Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen	Register zu Titelsammlungen: A Übrige: V
403		Die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienenden Listen und Schriftstücke, namentlich die Kalender, Tagebücher, Einganglisten und Posteingangsbücher. Ausgenommen sind die Nachweisungen über die Verteilung der Vordrucke zu Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldbriefen sowie zu Schiffsbriefen und Schiffszertifikaten (siehe Nummer 506)	V

B. Zivil- und Familiensachen

410	Sch, Kap, AktG, EK	a) Akten über schiedsrichterliche Verfahren, Verfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, Freigabeverfahren nach dem Aktien- und Umwandlungsgesetz, Entschädigungsverfahren	A
		b) Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel, Schiedssprüche, schiedsrichterliche Vergleiche sowie Entscheidungen über deren Vollstreckbarkeit	A
410a	SchH	a) Akten über Anträge auf gerichtliche Entscheidung in den in § 1062 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 ZPO genannten Fällen	A
		b) Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel und Beschlüsse.	A
411	U, UF	a) Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in der Beschwerdeinstanz (bis zum 31. 8. 2009: Berufungsinstanz) zurückbehaltenen Schriftstücken	V
		b) Entscheidungen und Vergleiche aus den Akten zu Buchstaben a	A
		c) Prozessvergleiche aus den Akten zu Buchstaben a, die einen Erbvertrag oder Erklärungen enthalten, nach deren Inhalt die Erbfolge geändert wird	A
412	UH, UFH	a) Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen Beschwerdeverfahrens (bis zum 31. 8. 2009: Berufungsverfahren), die nicht Bestandteil der Hauptakten geworden sind	V
		b) Vergleiche aus den Akten zu Buchstaben a	V
413	W, WF	a) Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in der Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
		b) Instanz abschließende Beschlüsse mit vollstreckungsfähigem Inhalt sowie Entscheidungen über die Vollstreckbarkeit erstinstanzlicher Entscheidungen aus den Akten zu Buchstaben a	A

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
414	-	Sammelakten mit den Schriftstücken über die Erteilung von Notfristzeugnissen	V
415	-	Sammel- und Sonderakten gemäß § 39 AktO-oG	V
415a	W (Th)	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in Verfahren nach dem Therapieunterbringungsgesetz in der Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücke	A
416	OLG II	Entscheidungen und Vergleiche sowie Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist, aus den Akten über die Gewährung richterlicher Vertragshilfe in Energiewirtschaftssachen und bei der Abwicklung von Lieferverträgen. Zu den Entscheidungen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanz.	A
417	FS I	Akten über Fideikommisse, Lehen, Stammgüter sowie Hausgüter, Hausvermögen und sonstige gebundene Vermögen	A
418	FS II	Akten über Schutzforsten, Waldgüter, Deichgüter, Weingüter, Landgüter, Stiftungen, Waldgenossenschaften und dergleichen	A
419	-	Akten über Stiftungen	A
420	VA	Akten über Anträge auf gerichtliche Überprüfung von Justizverwaltungsakten (Zivilakten)	
		a) wenn der Antrag zurückgenommen oder sonst ohne Entscheidung erledigt worden ist oder wenn es sich um die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand oder ein Prozesskostenhilfverfahren handelt	V
		b) in allen übrigen Fällen	V
421	REMIet	Akten über Rechtsentscheide in Mietsachen	A

C. Strafsachen und Bußgeldverfahren

431	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in der Revisions- oder Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
432	-	Sammelakten mit den Schriftstücken über Anträge auf Entscheidung des Strafsenats als oberem Gericht und über die Ablehnung von Gerichtspersonen (§ 41 Abs. 1 Satz 3 AktO-oG)	V
433	-	Urteile und Beschlüsse in Revisionen sowie Entscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten	A
434	VAs	Akten über Anträge auf gerichtliche Überprüfung von Justizverwaltungsakten (Strafsachen)	
		a) wenn der Antrag zurückgenommen oder sonst ohne Entscheidung erledigt worden ist oder wenn es sich um die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand oder ein Prozesskostenhilfverfahren handelt	V
		b) in allen übrigen Fällen	V
435	-	Entscheidungen über Rechtsbeschwerden nach §§ 116, 117 StVollzG	V
436	-	Sammelakten mit den Begleitumschlägen der abgehenden Briefe der Untersuchungsgefangenen	V
437	WsReh, WsReh (B)	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in der Beschwerdeinstanz über Rehabilitierungsverfahren zurückbehaltenen Schriftstücken	A

D. Landwirtschaftssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
451	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) mit den in der Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
452	-	Sammelakten mit den Schriftstücken über die Erteilung von Notfristzeugnissen und dergleichen	V

E. Sonstige Zuständigkeiten des Oberlandesgerichts

473	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) in Wertpapierbereinigungssachen	V
475	Kart (früher Kart V, Kart B, Kart)	a) Verwaltungsbeschwerden und Bußgeldsachen nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)	A
		b) Beschlüsse	A
476	Verg	a) Akten über sofortige Beschwerden und Entscheidungen nach § 115 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GWB in Vergaberechts-sachen	A
		b) Beschlüsse aus den Akten zu Buchstaben a	A
477		a) Akten über Beschwerden nach § 75 Energiewirtschafts-gesetz (EnWG)	A
		b) Beschlüsse aus den Akten zu Buchstaben a	A

F. Dienststrafsachen, Dienst-, Ehren- und Berufsgerichtssachen

491	-	Akten über Dienststrafverfahren	A
492	Not	Akten über	
		a) Disziplinarverfahren gegen Notare (einschließlich der im Rahmen des Untersuchungsverfahrens entstandenen Akten), in denen auf Entfernung aus dem Amt erkannt worden ist	A
		b) alle anderen Disziplinarverfahren	A
		c) Anfechtungsverfahren nach § 111 BNotO	A
493	AGH	a) Akten des Anwaltsgerichtshofs über Anträge auf gerichtliche Entscheidung (§ 112 a BRAO; bis zum 31. 8. 2009: §§ 37 bis 42, 223 BRAO)	A
		b) Sammelakten und Blattsammlungen über anwaltsgerichtliche Verfahren vor dem Anwaltsgerichtshof mit den in der Berufungs- oder Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken, wenn auf Ausschließung aus dem Beruf erkannt worden ist	A
		c) alle übrigen der unter Buchstaben b genannten Akten	A
494	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Senatsakten) über berufsgerichtliche Verfahren	V

G. Justizverwaltungssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
501	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung)	
		a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Berichtssammlungen, Presseäußerungen und dergleichen	V
502		Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über	
		a) Akten der Prüfungsstellen nach § 9 Abs. 1 und 2 ZRHO, der Prüfungsbehörden nach Nummer 7 Abs. 1 Buchst. b, Nummern 23 und 30 Abs. 1 RiVAST in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Listen der Empfänger von Geldauflagen in Ermittlungs-, Straf- und Gnadensachen und Liste der Empfänger von Geldbußen nebst den dazugehörigen Unterlagen	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		e) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		f) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		g) Fortbildungsvorgänge	V
		h) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
503	-	Sammelakten über Ehelicherklärungen	V
504	-	Sammelakten über die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	
		a) Akten über Verfahren	A
		b) Anträge und Entscheidungen	A
505	-	Sammelakten über die Befreiung von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses für Ausländer	V
506	-	Nachweisungen über die Verteilung der Vordrucke zu Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefen sowie zu Schiffsbriefen und Schiffszertifikaten	V
507	-	Personalakten	
		a) der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte)	A
		b) der Notare und Notarassessoren	A
		c) Schriftstücke, die sich auf die Amtsnachfolge, die Aktenverwahrung (§ 51 BNotO) oder auf die Notariatsverwaltung (§ 56 BNotO) beziehen, Siegel- und Unterschriftenproben	A
509	-	Akten über	
		a) die Prüfung von Rechtskandidaten	
		aa) schriftliche Prüfungsarbeiten	V
		bb) sonstige Prüfungsunterlagen	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		b) die Prüfung von Beamten einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
		c) die Prüfung von Auszubildenden einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
510	-	Akten über die Eintragung von Versorgungsanwärtern in ein Bewerberverzeichnis	V
511	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen und Familiensachen sowie in Strafsachen und Bußgeldverfahren	
		a) Jahrestabellen nach dem Kalenderjahr	V
		b) sonstige Tabellen und Durchschriften der Monatsübersichten	V

Anlage 7
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für die Staatsanwaltschaften

A. Justizverwaltungssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
651	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverordnung)	
		a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Berichtssammlungen, Presseäußerungen und dergleichen	V
652	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverordnung) über	
		a) Akten der Prüfungsbehörden nach Nummer 7 Abs. 1 Buchst. b, Nummer 23 und Nummer 30 Abs. 1 RiVAST in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		e) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		f) Fortbildungsvorgänge	V
		g) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
		h) Berichtshefte sind wie die dazugehörigen Sachakten aufzubewahren	V
653	-	Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte)	A
654	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in Ermittlungsverfahren und Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz bei den Staats- und Staatsanwaltschaften	
		a) Jahrestabellen nach dem Kalenderjahr	V
		b) sonstige Tabellen und Durchschriften der Monatsübersichten	V

Schriftgutkatalog für die Generalstaatsanwaltschaft

A. Justizverwaltungssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
751	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Berichtssammlungen, Presseäußerungen und dergleichen	V
752	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Akten der Prüfungsbehörden nach Nummer 7 Abs. 1 Buchst. b, Nummer 23, Nummer 30 Abs. 1 RiVAST in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		e) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		f) Fortbildungsvorgänge	V
		g) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
		h) Berichte der Staatsanwaltschaften	A
753	-	Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte)	A
755	-	Akten über Unfallfürsorge für Gefangene	V
756	-	Akten über a) die Prüfung von Beamten einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
		b) die Prüfung von Amtsanwälten einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
757	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in Ermittlungsverfahren und Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz bei den Staats- und Amtsanwaltschaften a) Jahrestabellen nach dem Kalenderjahr	V
		b) sonstige Tabellen und Durchschriften der Monatsübersichten	V
758	StrEs	Akten über Ansprüche auf Entschädigung nach dem StrEG	V

Schriftgutkatalog für die Arbeitsgerichte

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1001	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	A
1002	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	V
1003	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1004	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

1011	Ba	Akten über Mahnsachen	V
1012	Ca, Ga, Ha, BV, BVGa, BVHa	Prozessakten und sonstige Akten	Ca und BV: E Übrige: V
1013	-	Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel, alle Urteile, Vergleiche jeder Art, Vollstreckbarerklärungen und Vollstreckungsbescheide, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO, Nachweisungen über die Zustellung der Mahn- und Vollstreckungsbescheide, sowie verfahrenseingleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarerklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, Schiedssprüche, schiedsrichterliche Vergleiche sowie Entscheidungen über deren Vollstreckbarerklärung, das Beschlussverfahren nach §§ 80ff. ArbGG (auch teilweise) beendende Beschlüsse, ferner Handzeichnungen, Karten, Abrechnungen und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	V
1014	-	a) Sammelakten über die bei dem Arbeitsgericht niedergelegten Schiedssprüche (§ 108 ArbGG), schiedsrichterliche Vergleiche (§ 107 ArbGG) und Anwaltsvergleiche	A
	RNS	b) Register für niedergelegte Schiedssprüche, schiedsrichterliche Vergleiche und Anwaltsvergleiche	A

C. Justizverwaltungssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1021	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1022	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1023		Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1024	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Arbeitsgerichtsbarkeit a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Anlage 10
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für das Landesarbeitsgericht**A. Allgemeines**

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1031	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1032	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	V
1033	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1034	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1040		Erstinstanzliche Verfahren	
	OA	a) Akten über Klagen auf Entschädigung gemäß § 201 GVG i. V. m. § 9 Abs. 2 Satz 2 ArbGG	A
	BVL	b) Akten über erstinstanzliche Beschlussverfahren	A
	BVLHa	c) Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen erstinstanzlichen Beschlussverfahrens	A
1041	Sa, Ta, TaBV, SaGa, TaBVGa	Sammelakten und Blattsammlungen (Kammerakten) mit den in der Berufungs- und Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
1042	SHa, TaBVHa	Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen Berufungs- oder Beschwerdeverfahrens	V
1043	-	Entscheidungen und Vergleiche jeder Art aus den Akten, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, aus den Akten zu Nummern 1040, 1041 und 1042	V

C. Justizverwaltungssachen

1051	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1052	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Akten der Prüfungsstellen nach § 9 Abs. 1, 2 ZRHO in Verbindung mit den Zuständigkeitsregelungen der Länder	V
		b) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		d) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		e) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		f) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1053	-	Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1054	-	Akten über die Prüfung von Auszubildenden einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
1055	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Arbeitsgerichtsbarkeit a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Schriftgutkatalog für das Finanzgericht

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1101	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1102	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	V
1103	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1104	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

1111	K, V, Ko, S	a) Akten über Rechtssachen, soweit diese durch Antrags- oder Klagerücknahme oder einen Kostenbeschluss nach § 138 FGO beendet worden sind	V
		b) Beschlüsse aus den Akten zu Buchstaben a	V
		c) sonstige Akten über Rechtssachen	E
		d) Urteile und zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel; Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind; ferner Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	V

C. Justizverwaltungssachen

1121	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1122	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1123		Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1124	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Finanzgerichtsbarkeit a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Anlage 12
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für die Sozialgerichte

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1201	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1202	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	Register zu Titelsammlungen: A Übrige: V
1203	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1204	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1211	AL, AS, AY, BK, BL, EG, KA, KG, KR, P, R, SB, SV, SO, U, VE, SF	Prozessakten	AY, KA, KR, P, R, SO, U: E; AL, AS, BK, BL, EG, KG, SB, SV, VE, SF: V
1212	-	Urteile, Vergleiche jeder Art, verfahrensbeendende Beschlüsse oder Bescheide und zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind; sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	1991-1999: A Rest: V

C. Justizverwaltungssachen

1221	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverordnung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1222	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverordnung) über a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1223		Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1224	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Sozialgerichtsbarkeit a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Schriftgutkatalog für das Landessozialgericht

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1231	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1232	-	Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	Register zu Titelsammlungen: A Übrige: V
1233	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1234	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

1241	SF	Akten über Klagen auf Entschädigung entsprechend § 201 GVG i. V. m. § 202 Satz 2 SGG	A
1242		Sammelakten und Blattsammlungen mit den in der Berufungs- und Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
1243		Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen Berufungs- oder Beschwerdeverfahrens	V
1244		Urteile, Vergleiche jeder Art, verfahrensbeendende Beschlüsse oder Bescheide und zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel; Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind; sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	A

C. Justizverwaltungssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1251	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1252	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1253	-	Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1254	-	Akten über die Prüfung von Auszubildenden einschließlich der Anlagehefte mit schriftlichen Prüfungsarbeiten	V
1255	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Sozialgerichtsbarkeit a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Anlage 14
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für die Verwaltungsgerichte**A. Allgemeines**

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1301	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1302		Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	V
1303	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Einganglisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1304	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1311	A, B, C, D, E (früher: K)	Akten über a) Verfahren, die im Hinblick auf die Art des öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisses von besonderer Bedeutung sind (z. B. Streitigkeiten aus den Sachgebieten des Straßen- und Wegerechts, des Wasser- und Wasserverbandsrechts, des Jagd- und Fischereirechts, des Bergrechts und des Grundstücks-(Enteignungs-)rechts)	A
		b) sonstige Verfahren	E
1312	-	Die zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel, alle Urteile, Vergleiche jeder Art, verfahrensbeendende Beschlüsse, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, ferner Handzeichnungen, Karten, Abrechnungen und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	- Schriftgut aus den im Zeitraum von 1990 bis 1999 angelegten Akten des Verwaltungsgerichtes Dessau: A - Schriftgut jedes 5. Jahrgangs aus den ab 1995 angelegten Akten (1995, 2000 etc.) der Verwaltungsgerichte Halle und Magdeburg: A - Übrige: V
1313	A, B, D, E	Akten über Dienstordnungssachen (gerichtliche Verfahren)	A

C. Dienststrafsachen und Berufgerichtssachen

1321	A, B, D, E (früher: K)	Akten der Disziplinargerichte über a) Disziplinarverfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) sonstige Disziplinarverfahren	A
		c) Versetzungs- und Prüfungsverfahren	E
1322	BG-Ä, BG-Z, BG-T, BG-Ap	Akten über a) berufsgerichtliche Verfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) sonstige berufsgerichtliche Verfahren	A
1323	DG	Akten des Richterdienstgerichts über a) Disziplinarverfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) alle anderen Disziplinarverfahren	A
		c) Versetzungs- und Prüfungsverfahren	A

D. Justizverwaltungssachen

1331	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung)	
		a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1332	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über	
		a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1333		Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1334	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	
		a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

Anlage 15
(zu Nummer 3.2)

Schriftgutkatalog für das Oberverwaltungsgericht

A. Allgemeines

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1341	AR	a) Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind, mit Ausnahme der unter Buchstaben b aufgeführten Akten	V
		b) Akten, die Schutzschriften enthalten	V
1342		Aktenregister mit den dazugehörigen Namenverzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	V
1343	-	Listen und Schriftstücke, die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienen, namentlich die Kalender, Tagebücher, Eingangslisten, Posteingangsbücher und Aktenausgabebücher	V
1344	-	Sammelakten mit den Unterlagen über die Berufung der ehrenamtlichen Richter sowie sonstiges die ehrenamtlichen Richter betreffendes Schriftgut	V

B. Rechtssachen

1351	K, R (früher: S)	Erstinstanzliche Verfahren	
		a) Akten über Flurbereinigungssachen, Normenkontrollangelegenheiten, technische Großvorhaben und Vereinsverbote	A
		b) Akten über sonstige Klageangelegenheiten, soweit nicht Buchstabe d	A
		c) Akten über Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes, soweit nicht Buchstabe a	V
		d) Akten über Klagen auf Entschädigung entsprechend § 201 GVG i. V. m. § 173 Satz 2 VwGO	A
1352	L, M, N, O (früher: S)	Sammelakten und Blattsammlungen mit den in der Berufungs- und Beschwerdeinstanz zurückbehaltenen Schriftstücken	V
1353	P (früher: S)	Akten über Anträge außerhalb eines anhängigen Berufungs- oder Beschwerdeverfahrens	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
1354	-	Die zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel, alle Urteile, Vergleiche jeder Art, verfahrensbeendende Beschlüsse, Bestätigungserklärungen über die Vollstreckbarkeit nach der EVT-VO sowie verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung nach Artikel 54 EuGVVO gemäß Artikel 34 EuGVVO erforderlich sind, ferner Handzeichnungen, Karten, Abrechnungen und sonstige Schriftstücke, auf die in der Entscheidungsformel oder in einem gerichtlichen Vergleich Bezug genommen ist. Zu den Urteilen und dergleichen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen sowie Leseabschriften.	V
1355	K, L, M, O, P, R	Akten über Dienststörungssachen (gerichtliche Verfahren)	A

C. Dienststrafsachen und Berufsgerichtssachen

1361	L, M, R (früher: S)	Akten/Sammelakten und Blattsammlungen der Disziplinargerichte über a) Disziplinarverfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) sonstige Disziplinarangelegenheiten	A
		c) Versetzungs- und Prüfungsverfahren	E
1362	LBG-Ä, LBG-Z, LBG-T, LBG-Ap	Akten/Sammelakten und Blattsammlungen über a) berufsgerichtliche Verfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) sonstige berufsgerichtliche Angelegenheiten	A
1363	DGH	Akten des Richterdienstgerichtshofs über a) Disziplinarverfahren, in denen auf Entfernung aus dem Dienst erkannt worden ist	A
		b) alle anderen Disziplinarverfahren	A
		c) Versetzungs- und Prüfungsverfahren	A

D. Justizverwaltungssachen

1371	-	Generalakten (Abschnitt B der Generalaktenverfügung) a) über Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Observanzen, Privilegien und dergleichen)	A
		b) über sonstige Angelegenheiten mit Ausnahme der unter Buchstaben c bezeichneten Beiakten	A
		c) Beiakten über Vorgänge von untergeordneter oder vorübergehender Bedeutung, Presseäußerungen und dergleichen	V
1372	-	Sammelakten und Blattsammlungen (Abschnitt C der Generalaktenverfügung) über a) Eingaben, Beschwerden, Warenangebote und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	V
		b) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden	V
		c) Unterlagen über Bewerber, die nicht in Personalakten einmünden (mit Einwilligung in längere Datenspeicherung)	V

Lfd. Nr.	Registerzeichen	Angelegenheit	Anbietungspflicht: A = generelle Anbietungspflicht E = Anbietung im Einzelfall V = ohne Anbietung vernichten
1	2	3	4
		d) die von den Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfungsverhandlungen	V
		e) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	A
1373		Personalakten der Angestellten und Arbeiter (Beschäftigte) sowie der Auszubildenden	A
1374	-	Schriftgut über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	
		a) Jahresübersichten	V
		b) sonstige Übersichten	V

IV.

Personalnachrichten

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Ernannt

zum Justizhauptwachmeister:

David Brodziak, AG Stendal

Maik Lehmann, AG Haldensleben

zum Beamten auf Lebenszeit:

Justizhauptwachmeister Andrè Paul, AG Magdeburg

Geehrt

aus Anlass des 25-jährigen Dienstjubiläums:

Justizobersekretärin Mandy Schmiedmann, AG Weißenfels

Justizhauptwachmeister Jörg Bensch, AG Bernburg

Justizangestellte Susann Azeroth, LG Halle

Justizangestellte Ina Bastisch, LG Halle

Justizangestellte Kathrin Friese, AG Halle (Saale)

Justizangestellte Annegret Kümmel, AG Halle (Saale)

Justizangestellte Annette Meinhardt-Weber, AG Halle (Saale)

Justizangestellte Angelika Schlieper, AG Magdeburg

Justizangestellte Dagmar Schönwerk, AG Halle (Saale)

Justizangestellte Anett Schuchardt, LG Halle

Justizangestellte Yvonne Stoppert, AG Bernburg

Justizangestellte Cornelia Weise, AG Halle (Saale)

Justizangestellte Dagmar Zissler, AG Stendal

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Geehrt

aus Anlass des 25-jährigen Dienstjubiläums:

Justizangestellte Dagmar Helbig, OVG

Justizangestellte Ines Preiss, OVG

Justizangestellte Simone Steins, VG Magdeburg

Sozialgerichtsbarkeit

Ernannt

zur Beamtin auf Lebenszeit:

Justizinspektorin Stefanie Deckert, SG Magdeburg

Geehrt

aus Anlass des 25-jährigen Dienstjubiläums:

Justizhauptsekretärin Kerstin Wenzel, SG Dessau-Roßlau

Justizangestellte Kornelia Liske, SG Dessau-Roßlau

Prüfungen

Bestellt

zur Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse der zweiten juristischen Staatsprüfung:

Oberstaatsanwältin Brigitte Strullmeier